

Landkreis Teltow-Fläming

Dezernat IV
Amt für Kataster und Vermessung /
Vermessung
Dienstgebäude: Am Nuthefließ 2

Datum: 31. Januar 2014
Auskunft: Frau Thätner
Zimmer: C7-1-10
Telefon: 03371 608-4200

Festlegungsprotokoll

über die Sitzung des Arbeitskreises Haushaltsplan 2014 mit dem Dezernat IV und den Bürgermeistern am 22. Januar 2014, um 13:30 Uhr im Kreisausschusssaal

Teilnehmer:

Landrätin Frau Wehlan; Dezernent IV Herr Gärtner;
Stadt Trebbin Herr Haase; Stadt Ludwigsfelde Herr Teschner; Stadt Jüterbog Herr Wolter, Herr Schubert; Stadt Zossen Frau Schreiber; Gemeinde Niederer Fläming Herr Kaluza; Gemeinde Nuthe-Urstromtal Frau Nestler;
A 20 Frau Wache; SG Personal und Organisation Frau Brademann; A 61 Herr Neumann, Frau Teubner; A 62 Frau Thätner, Frau Stimpel; A 65 Herr Weiher, Herr Hennig.

Einführung zum Dezernat IV durch Herr Gärtner

Kreisentwicklungsamt

- **Herr Neumann** gibt einen Überblick über die Aufgaben des Kreisentwicklungsamtes anhand der Produktbeschreibung zum Produkt 511010 Kreisentwicklung. Im Weiteren erläutert er den Teilergebnis- und Teilfinanzplan. Zu den geplanten Investitionen im Teilfinanzplan weist er darauf hin, dass diese stets auf politische Entscheidungen des Kreistages, des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung sowie der Beigeordnetenberatung basieren. Aufgrund der angespannten Haushaltssituation wurde aber durch das Kreisentwicklungsamt bereits vor Aufstellung des Haushaltsplanes 2014 auf Investitionsmaßnahmen (z. B. zum Radwegkonzept; zur Netzergänzung der Fläming-Skate; Leerrohrverlegungen zur Breitbanderschließung) in Höhe von 1.406.237 € verzichtet.
- **Herr Kaluza** möchte wissen, auf welcher Grundlage die Entscheidung zum Verzicht auf den Abschnitt Schlenzer-Reinsdorf basiert und wie verbindlich diese Entscheidung ist. Für die Entwicklung seiner Gemeinde ist dieser Abschnitt der Fläming-Skate wichtig.
- **Herr Neumann** erläutert, dass diese Maßnahme aufgrund der Haushaltssituation im aktuellen Haushaltsplan und in den Folgejahren keine Berücksichtigung finden kann. Das heißt nicht, dass man sich von dieser Maßnahme gänzlich verabschieden muss. Die Entscheidung obliegt den politischen Gremien.
- **Herr Gärtner** ergänzt, dass die Entscheidung zum Verzicht in der Beigeordnetenberatung getroffen wurde. Die Unterhaltung und eventuelle Erweiterung der Fläming-Skate ist aber ein anderes wichtiges Thema, welches separat mit den Bürgermeistern besprochen werden muss.
- Um schon jetzt Touristen anzuwerben, schlägt **Herr Weiher** vor, die betreffenden Ortsverbindungswege vorerst durch die Gemeinde als Radwege auszuschildern, bis die Radwege endgültig ausgebaut werden können.
- **Herr Neumann** stellt im Weiteren den Stellenabbau und die freiwilligen Leistungen des A 61 vor, wobei er darauf hinweist, dass die freiwillige Leistung der Stelle des SB Tourismus nur 0,4 VZE umfasst.
- **Frau Schreiber** hinterfragt die Höhe der benannten Summe von 30.000 € für die Beschilderung des Radweges Berlin-Leipzig.
- **Herr Neumann** legt dar, dass es sich um einen überregionalen Radweg handelt, der den ganzen Landkreis Teltow-Fläming von Süden nach Norden durchquert. **Frau Schreiber** hält für möglich, dass die Gemeinden die Finanzierung der Beschilderung innerhalb ihrer

Gemeinde selbst übernehmen. Dem widerspricht **Herr Wolter**. Aus seiner Sicht ist das für die Stadt Jüterbog gegenwärtig nicht machbar.

- Auch zu dieser Thematik einigt man sich auf eine gesonderte Runde mit den betroffenen Kommunen.

Kataster- und Vermessungsamt

- **Frau Thätner** erläutert die Aufgaben des Katasters als Verwalter der aktuellen Geobasisdaten des Landkreises. Die Aufgaben des Kataster- und Vermessungsamtes werden vollständig durch Pflichtaufgaben des amtlichen Vermessungswesens geprägt, so dass kein Spielraum für freiwillige Aufgaben besteht.
- Das Kataster- und Vermessungsamt wird vom Land finanziert, in den HH 2014 werden voraussichtlich 1,56 Mio € fließen.
- Zur Finanzierung der Aufgaben des A62 kommen geplante 485.500 € Gebühreneinnahmen. Die Gebühreneinnahmen entwickeln sich aufgrund der Verbilligung der Daten rückläufig.

Herr Haase fragt, ob zu erwarten ist, dass das Land den im HH 2014 ausgewiesenen Fehlbetrag, der durch die Interne Leistungsverrechnung entsteht, gegenfinanziert?

Frau Thätner erläutert, dass die Landesfinanzierung bis 2018 festgeschrieben ist. Es gab bisher keine Signale einer Überprüfung der Höhe der Zuweisung.

- Rückfrage von **Herrn Kaluza**: Inwiefern kann teure Messtechnik (GPS) gemeinsam genutzt werden? Er möchte z.B. ein Baumkataster im GIS der Gemeinde aufsetzen und braucht dazu Koordinaten der Straßenbäume.

Herr Neumann: Auch das Kreisentwicklungsamt verfügt über ein geeignetes GPS-Gerät.

Frau Schreiber bietet Unterstützung bei der Kundenakquise an.

Bauamt

- **Herr Weiher** bewertet die im PWC-Gutachten empfohlenen Einsparpotentiale positiv im Hinblick auf ein ämterübergreifendes Gebäudemanagement.
- Energieeinsparpotentiale ergeben sich in Glashütte durch eine komplette Umstellung des Glasofens von Gas auf Strom.
- **Herr Kaluza** fragt nach, wo die Erbbauzinsen für die vergebenen Glashütter Erbbaurechte im HH 2014 gelistet sind, wird durch Herrn Weiher beantwortet: bei Einnahmen durch Mieten und Pachten.
- **Frau Schreiber** fragt nach, wer bei Abstimmungen zu baulichen Investitionen jeweils die fachliche Verantwortung trägt? Überlegungen: Wo sind die effektivsten Schnittstellen zur Erleichterung organisatorischer Maßnahmen?
- Aufwendungen für die Erstellung von Prospekten und Plakaten müssen vom Verein Glashütte bezahlt werden, sonst hat der Kreis die Aufwendungen und der Verein den Nutzen.
- **Frau Schreiber** mahnt an, dass außer der Verkehrssicherungspflicht, alle anderen Maßnahmen in Glashütte freiwillige Aufgaben sind. Für die Zukunft muss streng geprüft werden, wer von den Maßnahmen profitiert.
- **Herr Wolter**: u.U. wird bei der Vergabe von Erbbaurechten ein HH-Defizit provoziert.
- Eichenprozessionsspinner:
Die kreisliche Bekämpfung des EPS bleibt in Eigenregie, straßenzugweise, dort, wo er auftritt. Ohne Hubschraubereinsatz.
Frau Schreiber äußert, dass eine kreisliche Steuerung der Maßnahmen angestrebt wird, auch kreisübergreifend zum Landkreis Dahme-Spreewald.
Soll Thema der nächsten Bürgermeisterberatung sein.
- **Frau Schreiber** bittet um eine bessere interkommunale Abstimmung bei der Planung und beim Bau von Straßen und Radwegen.

Flughafenberatungszentrum

- **Herr Gärtner** erläutert die Personalsituation seiner Stabsstelle:
2 Stellen, von denen nur eine besetzt ist
Sekretärin wird zu 70 % vom Land bezahlt
Fluglärmschutzbeauftragter wird per Verwaltungsvereinbarung zu 100 % vom Land bezahlt.
- Flughafenberatungszentrum ist eine freiwillige Aufgabe, wurde aber vom Kreistag beschlossen.
- Es besteht die politische Auffassung, dass diejenigen, die ein Beratungszentrum nötig gemacht haben, die Kosten für die Betreibung bezahlen müssen.

Thätner